

Deutscher Pflegerat NEWSLETTER

Deutscher Pflegerat e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege-
und Hebammenwesen

Ausgabe 01/2006

2006 als Entscheidungsjahr?

Pflege vor Herausforderungen



Marie-Luise Müller
Präsidentin

Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie mit dieser ersten Ausgabe 2006 herzlich im Neuen Jahr – das für alle, die im Gesundheitswesen und vor allem in der Pflege arbeiten, sicher eines der entscheidenden Jahre der letzten Dekade werden dürfte:

Die neue Bundesregierung steht vor der schwierigen Aufgabe, die in den Koalitionsverhandlungen in das Frühjahr 2006 verschobene Diskussion über die Grundrichtungen in der Gesundheitspolitik jetzt anzupacken. Einige der aktuellen Probleme greifen wir in dieser Ausgabe auf – von der Ausbildungsfinanzierung bis hin zu den gemeinsamen Nöten und Aufgaben von Ärzteschaft und Pflege und darin liegenden, möglichen Lösungsansätzen. Der DPR wird sich daher gerade 2006 engagiert und kritisch zu Worte melden. Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Marie-Luise Müller, Präsidentin

nun von Seiten einiger Bundesländer Bemühungen sichtbar werden, die Probleme der Ausbildungsfinanzierung herunterzuspielen: So wird beispielsweise die Fondslösung in Niedersachsen (ca. € 75,- Zuschlag je Fall), Bayern und Baden-Württemberg (ca. € 84,- je Fall) als Problemlösung verkauft. Doch ohne auf Bundesebene vereinbarte Richtwerte ist dies keinesfalls eine Lösung und höchstens als Teil(erfolgs)schritt zu bewerten – denn über die Fondsfinanzierung wird lediglich die Ungleichbehandlung ausbildender Krankenhäuser gelöst, nicht aber die in der Realität vorhandene, ungleiche Finanzausstattung der Ausbildungsstätten. Die je nach Krankenhaus individuellen Budgetverhandlungsergebnisse sind damit nicht vom Tisch – und nur diese werden eben auch aus dem Fond finanziert. Die Ungleichbehandlung der Ausbildungsstätten und damit ihre Existenzbedrohung bleiben erhalten.

Fondslösung sinnvoll?

Ausbildungsfinanzierung in der Diskussion

Auf der Ratsversammlung des DPR am 13. Februar 2006 berichtete Andreas Westerfellhaus, Vizepräsident des DPR e.V., den Ratsmitgliedern über den aktuellen Sachstand zur »Ausbildungs-

finanzierung«: Zu einem Gesprächstermin am 11. Januar 2006 hatte das BMG die Selbstverwaltungspartner und den DPR e.V. nach Bonn eingeladen, um Einigungsmöglichkeiten in dieser Problemstellung auszuloten. Neben Vertretern der Spitzenverbände der Krankenkassen, der DKG und des BMG nahmen für den DPR Frau Müller und Herr Westerfellhaus an diesem Gespräch teil.



Vorausgeschickt werden kann, dass eine Einigung bzgl. einer auskömmlichen Finanzierung der Berufe nach § 2 KHG nicht getroffen werden konnte. Mit Sorge erfüllt allerdings, dass

Diese Problematik wird häufig von Schulleitungen und Trägern in ihrer Wirkung falsch beurteilt: Der DPR hält es daher für äußerst wichtig, auf diese Fehleinschätzung hinzuweisen und den politischen Druck in Deutschland gleichermaßen aufrecht zu erhalten. Der DPR hat jetzt für den 16. März 2006 die Politik zu einem Parlamentarischen Abend in Berlin eingeladen.

Welche Brisanz und Dynamik diese Thematik entwickelt, wird gerade an der Finanzierung der Hebammenausbildung deutlich. Die Umlagefinanzierung wird beispielsweise in Nordrhein-Westfalen mit dem Hinweis auf das KHG (Ausgliederungstatbestand) und auf die Fondsfinanzierung eingestellt. Nur sind bisher weder Richtwerte für die Finanzierung in NRW; noch eine Fondsfinanzierung zwischen den Selbstverwaltungspartnern vereinbart.

»Nur im gemeinsamen Dialog lösen«

Interview mit Dr. Andreas Köhler



Dr. Andreas Köhler, Vorsitzender des Vorstands der KBV

Über Chancen und Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Pflegerat und der Ärzteschaft sprachen wir mit Dr. Andreas Köhler, dem Vorsitzenden des Vorstands der Kassenärztlichen Vereinigung.

Welche Form der Zusammenarbeit besteht zwischen dem DPR und der Kassenärztlichen Vereinigung?

Wir wollen in der Patientenversorgung überall wo es um hohe ambulante Versorgung und ärztliche Behandlung geht, Kooperationen über qualitätsorientierte Verträge suchen, um so die Sektoren- und Schnittstellenproblematik zu beseitigen.

Nur in Zusammenarbeit mit der Pflege kann man sinnvolle Strukturen schaffen: Beispiele sind die Einbindung des

DPR bei der Frage nach Patientenakte und elektronischer Patientenkarte. Sehr wichtig erscheint mir momentan das Konzept der Community Nurse, d.h., inwieweit binden wir unter Versorgungsaspekten Pflegeberufe ein? Dazu muss eine Diskussion stattfinden mit den Patienten, aber auch mit den Pflegeberufen und ihren Vertretungen.

Gibt es denn gegenwärtig ein konkretes Projekt, an dem beide Seiten zusammenarbeiten?

Ja, zum einen sind zwei DPR-Sachverständige durch die KBV in den Unterausschuss »Häusliche Krankenpflege« beim GBR berufen worden. Des Weiteren wird es eine intensive Kooperation beim Thema »chronische Wunden« geben: Das Vertragskonzept wurde gemeinsam mit dem DPR entwickelt. Es basiert auf seit drei bis vier Jahren gesammelten Erfahrungen in der Behandlung chronischer Wunden im ambulanten Bereich mit den zwei Aspekten Pflege und ärztliche Diagnostik und Therapie. Da haben wir gemeinsam ein qualitätssicherndes Konzept entwickelt, das den Dialog zwischen Pflege und Medizin auf gute Beine stellt. Konkret bedeutet dies u.a.

eine Standardisierung der Pflegedokumentation, die Gestaltung von Fallkonferenzen und die Einbindung der Pfleger und Ärzte.

Dieser Vertrag ist auf der Bundesebene den Krankenkassen angeboten worden, Vertragspartner sind ja die Krankenkassen, die diesen Vorstoß auf Bundesebene zwar abgelehnt haben, dies jetzt aber auf Landesebene weiter verhandeln.

Und wie sieht die Zukunft der Zusammenarbeit aus?

Für uns ist doch folgendes relevant: In der demografischen Entwicklung sind wir mit stetig älteren, pflegebedürftigen Patienten in der gemeinsamen Betreuung von Arzt und Pflege konfrontiert. Und das werden wir nur in kooperativer Zusammenarbeit lösen können.

Dazu gehört auch, dass wir neue Entwicklungen annehmen, beispielsweise Konstruktionen wie das medizinische Versorgungszentrum, die Flexibilisierung unserer Berufsordnung und vieles mehr. Aber ich sage ganz klar: Das alles kann man nur im gemeinsamen Dialog lösen.

Freiwillige Registrierung

Freiwillige Registrierung für beruflich Pflegende

Alle beruflich Pflegenden können sich freiwillig und zentral registrieren lassen. Erstmals können so verlässliche Daten über die Anzahl, Berufsgruppen und Qualifikationen gemacht werden. Darüber hinaus wird fortlaufend über Fortbildungs- und Qualitätssicherungsmaßnahmen in diesem schnelllebigen Berufsfeld informiert. Damit wird die freiwillige Registrierung nicht nur ein Druckmittel für eine zukünftige gesetzliche Registrierung, sondern auch ein Qualitätsprädikat für den beruflich Pflegenden auf dem Arbeitsmarkt! Machen Sie mit: Am einfachsten ist die Registrierung online unter der Internetadresse:

www.freiwillige-registrierung.de

Der Hauptstadtkongress 2006

Hauptstadtkongress – Neuer Termin

Der deutschen Pflegekongress 2006 auf dem Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit findet vom 17. bis zum 19. Mai im ICC in Berlin statt. Die ideale Möglichkeit für alle Pflegekräfte, sich auszutauschen, zu informieren und mit anderen Pflegenden sowie Ärzten und Klinikmanagern zu diskutieren. Die diesjährigen Themenschwerpunkte sind u.a. die Verbesserung der Gesundheitsversorgung durch die Professionalisierung der Pflege, Pflege als Wachstumsmarkt und die Vorstellung neuer Versorgungsformen. Der Deutsche Pflegerat wird auf dem Hauptstadtkongress wieder an seinen Stand und in eine Lounge einladen.

www.hauptstadtkongress.de

IMPRESSUM

Deutscher Pflegerat e.V.
Geisbergstraße 39
10777 Berlin

Tel.: +49 30 21 91 57 57
Fax: +49 30 21 91 57 77

info@deutscher-pflegerat.de
www.deutscher-pflegerat.de

– Alle Rechte vorbehalten –
Realisierung:

SCHEUNEMANN
PUBLIC RELATIONS CONSULTING BERLIN

(V.i.S.d.P.)